

IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

Oktober 2012



Der lenkende Staat hastet durchs Gelände

Steuern sollen der Finanzierung von Staatsaufgaben dienen. Aber nicht jede Aufgabe, die von Politikern dem Staat programmatisch angetragen und per Gesetz auferlegt wird, ist schon deshalb eine Staatsaufgabe. Nicht alles, was „geht“, ist „gut“. Das gilt auch für Kaufprämien und Spezialsteuern. Geführt von Bundeskanzlerin Angela Merkel – und nicht nennenswert behindert vom als „liberal“ firmierenden Koalitionspartner – hastet der lenkende Staat durchs politische Gelände: kein Atomstrom „nach Fukushima“. Überhaupt soll es jetzt sauberer zugehen in Deutschland. Daher wohl demnächst: staatliche Förderung von Ökostrom und Elektro-Autos.

Und es ist ja wahr: Die Sonne scheint – mal hier, mal da – immer; der Wind weht bekanntermaßen, wo er will; die Ozeane schicken ihre Wellen an die Strände von Industrienationen und Entwicklungsländern gleichermaßen. Die Aufzählung sollte nicht als Spott verstanden werden. Aber die Hast der Bundesregierung nach der Naturkatastrophe in Fukushima kann nicht als Beispiel für einen in Kosten, Erträgen und Fristen überlegten, vom Lernen getragenen Schwenk der Energiepolitik einer Industrienation gelten.

Der lenkende Staat hastet nicht nur durchs politische Gelände. Er ist auch den gefühlten Zeitperioden seines durch Wahlen bestellten Personals voraus. Die Bundeskanzlerin verspricht schon jetzt, nach der nächsten Wahl werde die Regierung – welche mag wohl gemeint sein? – über neue Anreize entscheiden, um das Ziel von einer Million Elektroautos auf Deutschlands Straßen bis zum Jahr 2020 zu erreichen. Wirtschaftsminister Philipp Rösler bleibt skeptisch. Das bezieht sich ausdrücklich auf die neuen Anreize der Kanzlerin, nicht auf die Parlamentspräsenz der Liberalen. Warum stellt er sich nicht sicherheits halber jetzt schon quer? Etwa mit dem Hinweis: „Subventionen für die einen werden aus Steuern auch der anderen bezahlt.“

Hans D. Barbier

Aufschwung für „grüne Technologien“

Zwischen 2007 und 2010 wuchs die „GreenTech“-Wirtschaft durchschnittlich um zwölf Prozent. Im Jahr 2011 setzte die Branche insgesamt 300 Milliarden Euro um. Auch weltweit wächst der globale Markt für Umwelttechnik und Ressourceneffizienz. Weltweit hat dieser Wirtschaftszweig ein Volumen von durchschnittlich 1 930 Milliarden Euro im Jahr erreicht. Das lässt sich dem dritten Umwelttechnologie-Atlas entnehmen, der vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit veröffentlicht wurde.

„In absehbarer Zeit werden grüne Technologien ein Fünftel zum deutschen Bruttoinlandsprodukt beitragen“, hofft Bundesumweltminister Peter Altmaier. In Deutschland liege der „GreenTech-Anteil“ am Bruttoinlandsprodukt zurzeit bei elf Prozent. Bis 2025 soll dieser Anteil auf 15 Prozent steigen. Den Erfolg der grünen Technologien sehe man schon jetzt auf dem Arbeitsmarkt. 2011 gab es in diesem Wirtschaftszweig 1,4 Millionen Arbeitsplätze, bis 2025 ist laut „GreenTech-Atlas 3.0“ mit einem Anstieg der Beschäftigtenzahlen um bis zu eine Million zu rechnen.

Hippe Anglizismen wie „GreenTech“ plus neue Arbeitsplätze in Millionenhöhe – Politikerherz, was willst du mehr? <http://goo.gl/uhtlA>

GreenTech-Boom

Beschäftigte in den einzelnen Umwelttechnik-Bereichen	
Energieeffizienz	460 000
Energie/-speicherung	360 000
Wasserwirtschaft	230 000
Mobilität	200 000
Rohstoff-/Materialeffizienz	90 000
Kreislaufwirtschaft	50 000

Quelle: Roland Berger

Alles neu hier

Eine Innovation ist gemäß Duden eine „Neuerung durch Anwendung neuer Verfahren und Techniken“. Joseph Schumpeter zufolge geht es um die Durchsetzung einer technischen oder organisatorischen Neuerung auf dem Markt, nicht allein um ihre Erfindung. Doch wie können Innovationen entstehen?

Zum Beispiel, indem Innovationsberater engagiert werden, dachte man sich vermutlich im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi). Die Berater könnten vor allem in kleinen und mittelgroßen Unternehmen helfen, Innovationen auf den Weg zu bringen. Mit dem Ziel, die Innovationskraft in Unternehmen zu erhöhen, wurden 2011 Innovationsgutscheine ins Leben gerufen: Die Gutscheine decken 50 Prozent der Ausgaben für externe Beratungsleistungen durch vom BMWi autorisierte Beratungsunternehmen, die andere Hälfte des Beraterhonorars trägt das Unternehmen selber. Mitte September 2012 konnte das BMWi

melden, den 1 000ten Innovationsgutschein ausgestellt zu haben.

Viele Länderministerien vergeben bereits ähnliche Gutscheine zur Förderung von Innovationen. Besonders innovativ gibt sich die Politik in Nordrhein-Westfalen: Dort gibt es sogar ein „Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung“!

<http://goo.gl/fkM96>

Konjunkturbarometer nachjustiert

Um das Auf und Ab der Konjunktur besser einschätzen zu können, wird die Statistik über die monatlichen Konjunkturindikatoren um das Merkmal „Auftragsbestand“ erweitert. Der Bundestags-Ausschuss für Wirtschaft und Technologie stimmte Ende September dem von der Bundesregierung eingebrachten „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Statistik im Produzierenden Gewerbe“ (Bundestagsdrucksache 17/10493) zu.

Für die Konjunkturstatistiken des verarbeitenden Gewerbes wurden bisher nur neu erteilte Aufträge, aber keine Stornierungen gemeldet. Da Auftrags-Stornierungen als Indiz für eine konjunkturelle Abschwächung gelten können, sollen sie in Zukunft erfasst werden. Bei den 13 300 betroffenen Unternehmen werde es nur zu einer geringen Mehrbelastung kommen, begründete die Bundesregierung die Erweiterung der Statistik. Die Länder hatten im Bundesrat die Änderung wegen „gravierender zusätzlicher Belastungen“ für Betriebe und Statistische Ämter abgelehnt.

Und täglich grüßt die Großbaustelle...

Ob Großflughafen in Berlin, Elbphilharmonie in Hamburg oder Nürburgring in der Eifel, öffentliche Großprojekte machen derzeit vor allem Negativ-Schlagzeilen: Sie werden später fertig als geplant und sind am Ende um ein Vielfaches teurer als zu Baubeginn vorgesehen. Die Schuld für Verspätungen und Kostensteigerungen schieben die Verantwortlichen hin und her.

■ **Beispiel Flughafen: Berlin** will einen international renommierten, leistungsfähigen Großflughafen. Das Angebot eines Generalbauträgers – eine Milliarde Euro schlüsselfertig – erscheint den Bauherren zu teuer. Sie vergeben den Auftrag anderweitig. Aktuell müssen Mehrkosten in Höhe von 1,2 Milliarden Euro finanziert werden, wodurch der Gesamtbeitrag der Baukosten auf 4,3 Milliarden Euro klettert. Die Länder Berlin und Brandenburg sind zu je 37 Prozent an der Flughafengesellschaft beteiligt, der Bund mit 26 Prozent, alle drei Gesellschafter müssen nun mehr ausgeben. Starts und Landungen wird es zudem erst mit einer Verspätung von mindestens siebzehn Monaten geben; an sich sollten im Juni 2012 die ersten Flieger vom neuen Flughafen Berlin-Brandenburg abheben.

■ **Beispiel Elbphilharmonie:** Ein Architekt entwirft im Auftrag privater Investoren ein Konzerthaus für Hamburg mit einer unglaublichen Kostenkalkulation: Den Steuerzahler kostet es nichts! Lediglich das Grundstück müsse die Stadt den Investoren kostenlos überlassen. Jahre später sieht die Realität anders aus. Die Kosten für die Steuerzahler werden mittlerweile auf mehr als 300 Millionen Euro geschätzt. Im Jahr 2010

sollten hier die ersten Konzerte stattfinden. Aktuell steht immerhin der Rohbau.

■ **Beispiel Nürburgring:** Die Landesregierung von Rheinland-Pfalz möchte die strukturschwache Region Eifel „zukunftsfähig“ machen und installiert am Ring einen Freizeitpark – inklusive Achterbahn, Hotels und Kongresszentrum –, der jährlich hunderttausende Besucher zusätzlich anlocken soll. Rund 330 Millionen Euro aus Landesmitteln fließen für einen Kredit. Die Nürburgring GmbH (Gesellschafter ist zu 90 Prozent das Land Rheinland-Pfalz, den Rest hält der Landkreis Ahrweiler) meldet im Juli 2012 Insolvenz an, weil Besucher ausbleiben und zu wenig Pacht erwirtschaftet wird; zudem untersagt die EU-Kommission weitere Landesbeihilfen.

Die öffentliche Hand: Als Bauherr überfordert?

Die Beispiele lassen sich beliebig fortsetzen: U-Bahn-Bau in Köln und Düsseldorf, Konferenzzentrum Bonn, Neubau der BND-Zentrale in Berlin, Stuttgart 21, und, und, und. Ähnlichkeiten sind trotzdem zu entdecken:

Über Für und Wider eines Großprojektes wird nicht vom einen auf den anderen Tag entschieden, und es dauert, bis ein Bauvorhaben umge-

setzt werden kann. Zum einen sind politische Mehrheiten nötig. Gegner müssen überzeugt, Unterstützer gewonnen werden. Zum anderen sind im sogenannten Planfeststellungsverfahren Behörden, Wirtschaftsgruppen und Bürger beteiligt, die vom Bauvorhaben betroffen sind.

Einen wachsenden Stellenwert dürfte die Beteiligung der Bürger haben – eine zweischneidige Angelegenheit: Einerseits greift ein Bauprojekt wie der Berliner Flughafen massiv in die Lebenslagen der Anwohner ein, durch Fluglärm, stärkeres Verkehrsaufkommen, Wegfall nutzbarer Flächen und so weiter. Andererseits nutzen auch sie die Verkehrsinfrastruktur, wollen sie aber nicht in ihrer Nachbarschaft – und setzen sich zur Wehr. Diese Verfahren ziehen sich dann über Jahre hin, zumal, wenn vor allen Gerichtsinstanzen verhandelt werden muss.

Während dieser Zeit können sich Rahmenbedingungen ändern, etwa durch technische Neuerungen oder Gesetzesänderungen. Man denke in jüngster Zeit nur an die Änderungen in Bezug auf den Energieeinsatz und -verbrauch bei Neubauten. Gibt es beispielsweise neue Sicherheitsauflagen beim Brandschutz, stimmt die ursprüng-



„Wenn es innerhalb von fünf Jahren nicht gelingen sollte, mit dem Bau überhaupt zu beginnen, sollte man ein Großprojekt einstellen und eine Generation warten.“

Albert Speer, Architekt, Interview im August 2012

liche Kalkulation nicht mehr. Alles in allem: Die Beteiligten lassen sich auf etwas ein, das zum Zeitpunkt der Planung nicht vollständig planbar ist. Weil solche Projekte üblicherweise einmalig sind, lassen sich nur bedingt Vergleiche zu anderen Vorhaben ziehen.

Zusätzlich steigt mit der Größe des Vorhabens die Komplexität: Viele Dinge müssen bedacht, Eventualitäten eingeplant, Risiken abgeschätzt werden. Das erfordert Sachverstand, der in den Reihen der öffentlichen Verwaltung nicht zwangsläufig zu finden ist: Verwaltungsexperten sind selten Fachleute für komplexe Bauprojekte. Damit steigt wiederum die Abhängigkeit der staatlichen Auftraggeber, denn die externe Expertise bedeutet Kontrollverlust für die eigentlichen Bauherren.

Kostenkalkulation mit Tücken

Paradoxerweise werden die Projekte teuer, weil der öffentliche Auftraggeber möglichst wenig ausgeben will. Hierin liegt ein weiterer Anlass für Verzögerungen und Kostensteigerungen: Um im Bieterwettbewerb zu bestehen, werden Projektkosten zu optimistisch geschätzt. Stellt sich im Bauverlauf heraus, dass die Baukosten nicht einzuhalten sind, muss nachverhandelt werden.

Ein grundsätzliches Problem sehen Experten daher auch in der Vergabepolitik bei öffentlichen Aufträgen. An sich sollte der Bauunternehmer den Zuschlag bekommen, der das „wirtschaftlichste“ Angebot vorlegt. So steht es

zumindest in der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB); dort finden sich die Regeln, nach denen öffentliche Bauaufträge vergeben werden sollten. Das wirtschaftlichste Angebot hieße, Preis und Qualität abwägen. Die Praxis zeigt anderes: Es wird meist das Angebot angenommen, das am billigsten ist.

Auftraggeber sollten aber nicht nur den Preis, sondern auch Qualifikation und Referenzen des Anbieters berücksichtigen. Manches Bauunternehmen dürfte mit Großprojekten überfordert sein. Dann fallen kostspielige Nachbesserungen an. Vielleicht muss ein solches Unternehmen sogar im laufenden Betrieb ausgetauscht werden. Die Folgen sind absehbar: Verzögerungen und Mehrkosten.

Vermutlich ist es der Politik recht, wenn Projektkosten anfangs besonders günstig erscheinen. Das erhöht immerhin die Chancen, in den diversen Gremien Zustimmung für das Bauvorhaben zu erhalten. Die unberücksichtigten Kosten werden in die Zukunft verlagert. Realitätsnähere Kostenkalkulationen sehen manche im Schweizer Modell: Dort erhält der Anbieter den Zuschlag, dessen Kostenrechnung dem Durchschnitt aller Angebote am nächsten kommt. Das führe zumindest zu realistischeren Kostenschätzungen.

Optimismus und Risikofreude

Daneben gibt es weitere Erklärungen für Probleme mit Großprojekten, zum Beispiel der Hang zu überzogenem

Optimismus. Der scheint immer dann besonders groß, wenn in einem Projekt viel persönliches Engagement steckt. Das dürfte bei prestigeträchtigen Bauten häufig der Fall sein: Politiker, Architekten und Vorstände sind auch nur Menschen. Wer könnte widerstehen, wenn sein Name im Zusammenhang mit einem besonderen Bauwerk fällt?

Je fortgeschrittener ein Bauprojekt dann ist, umso problematischer wird es, umzukehren oder das Vorhaben gar zu stoppen: Wer will schon dafür die Verantwortung tragen, dass nach dem Ausgeben von einigen Millionen oder Milliarden plötzlich der Baustopp verfügt wird. Eine Bauruine als Denkmal ist für die politische Karriere vermutlich wenig förderlich.

Daniel Kahneman, Wirtschaftspsychologe und Nobelpreisträger, hat herausgefunden, dass Menschen unbewusst dazu neigen, Risiken konsequent zu ignorieren und sich zu große Hoffnungen zu machen. Auch professionelle Planer bleiben davon nicht verschont.

„Aus Schaden wird man klug“ gilt für Projekte eher selten. Es gibt oft keine öffentlich zugängliche Auswertung – Stichwort: Betriebsgeheimnis –, sodass es schwierig ist, aus Fehlern zu lernen. Selbst wenn – durch Landesrechnungsämter zum Beispiel – nach Jahren Unterlagen ausgewertet und interpretiert werden: Dann ist es zu spät, um Konsequenzen, welcher Art auch immer, zu ziehen. Die einstigen Auftraggeber sind nicht mehr in Amt und

Würden, möglicherweise wurden schon neue Großprojekte auf den Weg gebracht.

Beim nächsten „Jahrhundertprojekt“ wird schon am Fundament gearbeitet: Der Wiederaufbau des Berliner Stadtschlosses steht an. In den rekonstruierten Bau soll das „Humboldt-Forum“ einziehen, ein neues Kultur- und Kommunikationszentrum.

Der Baubeginn ist für 2014 geplant – ursprünglich war der Baubeginn für den Sommer 2011 angesetzt. Die Gesamtkosten betragen (Stand Oktober 2012) rund 590 Millionen Euro. 2007 waren noch 552 Millionen Euro als Obergrenze festgelegt. Außerdem fehlt noch die Kuppelverzierungen in der Gesamtrechnung. 80 Millionen Euro sollen übrigens aus Spendengeldern für den Bau bereitgestellt werden. Und sollte das Geld für die Kuppel nicht reichen: Da sind ja noch die Steuerzahler.

Bleibt festzuhalten: Bei staatlichen Großprojekten werden Kosten und nötige Zeit häufig unterschätzt, Nutzen und Strahlkraft bleiben dagegen unkalkulierbar. Das lässt nur einen Schluss zu: Es sollten möglichst wenig Großprojekte initiiert und diese dann gut begründet werden. Ohne Zweifel gehen auch Planungen privater Bauherren schief. Die setzen dann aber ihr privates Geld ein. Bei öffentlichen Projekten muss genauer hingesehen und überlegt werden, denn hier geht es um Steuergelder. Der Bau von Denkmälern ist sicher keine Aufgabe, die durch Steuermittel finanziert werden muss.

Andreas Schirmer



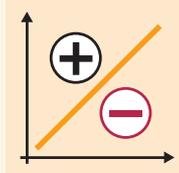
„Die tatsächliche Gefahr kommt von den Gesellschaftsmechanikern und Gesellschaftsromantikern, die da glauben, das vielschichtige Leben eines Volkes am Reißbrett aufzeichnen zu können.“

Ludwig Erhard

IM KLARTEXT

Oktober 2012

INDEX



Die Soziale Marktwirtschaft im Oktober 2012

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

Vollbeschäftigung



Ende September waren nach Meldung der Bundesagentur für Arbeit (BA) knapp 2,8 Millionen Menschen arbeitslos gemeldet. Das waren zwar 117 000 weniger als im August, aber lediglich 7 000 weniger als vor einem Jahr. Der Vorjahresabstand wird von Monat zu Monat geringer.

Für Menschen ohne Arbeit wurde es zudem in den vergangenen Monaten zunehmend schwieriger, eine Beschäftigung zu finden: Die bei der BA gemeldeten offenen Stellen sanken den Angaben

zufolge im September um 17 000 auf 485 000.

Eigenverantwortung



Die 10. Postbank-Studie „Altersvorsorge in Deutschland“ hat ergeben: 42 Prozent der Berufstätigen in Deutschland wollen ihre private Altersvorsorge nicht ausweiten. In der ersten Studie (2003) wollten nur 30 Prozent auf eine höhere Absicherung verzichten. Dieser Negativ-Trend findet seinen Ausdruck auch in den monatlichen Vorsorge-Ausgaben: Investierten die Befragten für die private Altersvorsorge im Schnitt 204 Euro im Monat, sind es jetzt nur noch 185 Euro – fast zehn Prozent weniger.

Dabei sind die Befragten im Durchschnitt der Meinung, dass sie eigentlich 269 Euro ausgeben müssten, um gut vorzusorgen. Die Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit ist deutlich größer geworden. Bedenklich: Von den jungen Berufstätigen im Alter von 16 bis 29 Jahren hält inzwischen mehr als jeder Vierte seine Altersvorsorge bereits für ausreichend. Vor fünf Jah-

Altersvorsorge

Monatsbeiträge für private Rentenversicherungen	
2007	202 Euro
2008	188 Euro
2009	209 Euro
2010	200 Euro
2011	188 Euro
2012	185 Euro

Quelle: Postbank AG

ren war davon nur jeder Sechste überzeugt.

Als Treiber der Entwicklung werden zwei Faktoren ausgemacht. Mehr als die Hälfte aller Berufstätigen in Deutschland (52 Prozent) fürchtet die Auswirkungen der Staatsschulden- und der Eurokrise. Die Bereitschaft, in dieser Situation neue und langfristige Vorsorgeverträge abzuschließen, sei entsprechend gering.

Geldwertstabilität



Die R+V Versicherung fragt seit 21 Jahren nach den größten Ängsten der Deutschen. Wirtschaftliche Sorgen allgemein gehören auch in der aktuellen Auswertung zu den erstplatzierten Themen. Bei

den Ängsten, die seit Jahr und Tag abgefragt werden, ist die Furcht vor Preissteigerungen erneut mit 63 Prozent Spitzenreiter. Die Befürchtung, dass alles immer teurer wird, ist Dauerbrenner in der Rangliste der Ängste: Sie ist aktuell zum dritten Mal in Folge, sie war in den vergangenen Jahren insgesamt 13 Mal auf dem ersten Platz.

Seit Jahren zweifeln die Befragten zudem daran, dass die Volksvertreter ihren Aufgaben gewachsen sind. Mit 55 Prozent rangiert die Furcht vor der Überforderung der Politiker in diesem Jahr auf Platz 2, gefolgt von der Befürchtung, dass sich die Wirtschaftslage insgesamt verschlechtern könnte.

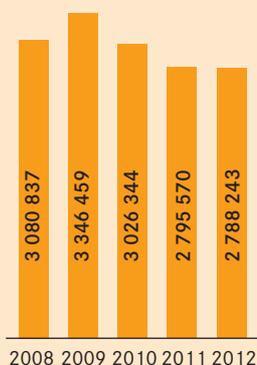
Ängste 2012

Die Deutschen fürchten sich vor ... (Mehrfachnennungen möglich)

Inflation	63 %
Überforderung der Politiker	55 %
schlechter Wirtschaftslage	52 %
Naturkatastrophen	52 %
Pflegefall im Alter	50 %
schwerer Erkrankung	46 %

Quelle: R+V Versicherung

Arbeitslose



jeweils September

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstraße 8 · 53113 Bonn
 Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49
 Redaktion: Andreas Schirmer · Foto: picture-alliance/dpa (innen)
 Druck und Herstellung: Druckerei Engelhardt GmbH, Neunkirchen
 erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

Ludwig Erhard